

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-009226/2011
an die Kommission**
Artikel 117 der Geschäftsordnung
Damien Abad (PPE)

Betrifft: Verfahren gegen Idreco-Insigma bei dem Projekt Maritza East 2

Im August 2011 entschied die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Idreco und Insigma als Strafmaßnahme für betrügerische Praktiken, die im Zusammenhang mit dem Entschwefelungsprojekt Maritza East 2 festgestellt worden waren, drei Jahre lang die Förderung zu verweigern. Idreco und Insigma können dadurch keine Fördermittel mehr für Projekte erhalten, die von der EWBE oder einer anderen Finanzinstitution finanziert werden, die mit der EWBE einen Vertrag über die gemeinsame Anwendung von Verfahren zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit abgeschlossen hat. Die Sanktion gilt indes nicht für Verträge, die von der Europäischen Kommission finanziert werden.

In ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage P-005265/2011 gibt die Kommission an, dass sie den Empfehlungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) entsprechend geeignete Maßnahmen für eine etwaige finanzielle und gerichtliche Weiterverfolgung ergreifen werde.

Gemäß Empfehlungen des OLAF übergaben die zuständigen Behörden, d. h. die für justizielle Maßnahmen zuständigen bulgarischen Behörden, den Fall im Mai 2011 dem Staatsanwalt der Stadt Sofia. Nach dem Kenntnisstand des Fragestellers scheint die Befassung des Staatsanwalts indes ergebnislos geblieben zu sein.

Zwar gilt bei laufenden Ermittlungen der Grundsatz der Unschuldsvermutung, doch können Idreco und Insigma ohne Verhängung einer gerichtlichen Strafe durch die bulgarischen Behörden ungeachtet der Feststellung des Betrugs durch das OLAF und den von der EWBE bereits eingeleiteten Sanktionen weiterhin Verträge abschließen, die von der Kommission finanziert werden.

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission gemeinsam mit der bulgarischen Justiz zu ergreifen, damit die vom OLAF empfohlene strafrechtliche Verfolgung von Idreco und Insigma eingeleitet wird?
2. Könnte die Kommission eine „schwarze Liste“ der Unternehmen erstellen, die vom OLAF als betrügerisch eingestuft wurden, um zu verhindern, dass sich die fraglichen Unternehmen um Aufträge bewerben können, die die Kommission im Rahmen ihrer verschiedenen Finanzinstrumente kofinanziert?